

**Beschluss der 9. Landesmitgliederversammlung der
Grünen Jugend Bayern
in Furth bei Landshut , am 18. November 2001**



(zuvor beschlossen durch Bundesvorstand und Länderausschuss am 10.11.2001)

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfinden tiefe Abscheu über die menschenverachtenden Anschläge vom 11. September 2001 und bekräftigen die Solidarität mit den Opfern und ihren Angehörigen.

Wir erkennen das Selbstverteidigungsrecht der USA nach Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen an und betonen die Notwendigkeit, die für die Anschläge Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen und vor den internationalen Strafgerichtshof zu stellen. Eine Selbstjustiz durch die USA darf es nicht geben. Doch die aktuell angewandten Maßnahmen stellen genau dies dar und sind kein geeignetes Mittel, um gegen den Terrorismus vorzugehen. Stattdessen wird ein Land mit Krieg überzogen. Eine humanitäre Katastrophe und die Destabilisierung einer ganzen Region werden in Kauf genommen. Eine uneingeschränkte Solidarität mit den USA darf es nicht geben.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern

1. Den sofortigen Stopp der Angriffe auf Afghanistan

Luftangriffe auf Afghanistan sind kein effektives Mittel zur Ergreifung der Terroristen. Der Einsatz von Streubomben und Flächenbombardements verstößt gegen das Kriegsvölkerrecht. Die stetig steigende Zahl ziviler Opfer und die katastrophale Situation der Flüchtlinge machen immer deutlicher, dass dieser Krieg in erster Linie die Bevölkerung Afghanistans trifft und sich zunehmend zu einem Krieg gegen das ganze Land ausweitet. Mit den Prinzipien einer rechtsstaatlichen Demokratie ist dieses militärische Vorgehen nicht vereinbar. Eine Legitimation für diese Angriffe liegt auch durch die VN nicht vor. Zwar stellten die VN das Selbstverteidigungsrecht der USA fest. Doch dieser Krieg geht über Selbstverteidigung weit hinaus. Zudem bereiten das Elend der Opfer und Flüchtlinge den Boden für Hass und radikale Ideologisierung. Der Einsatz von Bodentruppen würde die Gewaltkultur im seit Jahren von Bürgerkriegen zerrissenen Afghanistan weiter festigen.

Eine Beteiligung deutscher Soldaten an diesem Krieg unter der Führung der USA lehnen wir kategorisch ab. Jedoch sind wir bereit, deutsche Soldaten für humanitäre Maßnahmen in einer multinationalen UNO-Blauhelmtuppe bereit zu stellen.

Der einzige Weg, eine Gewaltspirale zu verhindern und dem Terrorismus die Grundlage zu entziehen, führt über Maßnahmen der zivilen Konfliktlösung und -prävention.

2. Entwicklung und Umsetzung eines politischen Konzepts für den Mittleren Osten

Bis heute liegt keine schlüssiges Gesamtkonzept für den Mittleren Osten vor. Es steht außer Frage, dass die Taliban entmachtet werden müssen. Besorgniserregend ist aber die Wahl der Nordallianz als Bündnispartner im Kampf gegen dieses Regime und ihre Ausstattung mit Geld und vor allem Waffen. Aufs neue wird dadurch eine Bürgerkriegssituation in Afghanistan durch die USA geschürt und verstetigt. Das macht es nahezu unmöglich, dass sich in Afghanistan in absehbarer Zukunft ein demokratisches System etablieren kann. Durch die anhaltende Gewalt gegen Afghanistan und die zunehmenden Flüchtlingsströme droht eine Destabilisierung der Region. Auch hier gilt, dass ein Weg aus der Gewalt heraus gefunden werden muss, indem die Parteien entwaffnet werden und die Zivilgesellschaft neu aufgebaut wird. Gerade Gruppen, die von Taliban unterdrückt worden sind, müssen gestärkt werden, mit dem Ziel, dass sie an einer neuen Regierung beteiligt werden. Das gilt vor allem für die Frauen in Afghanistan.

Hierfür setzen wir uns für ein politisches Konzept zur Stabilisierung der gesamten Region ein, das Pakistan, den Iran und die zentralasiatischen Republiken in regionale Kooperation einbinden muss. Die Stabilisierung Pakistans ist dabei von besonderer Bedeutung.

Darüber hinaus sollten die Nachbarstaaten Afghanistans durch diplomatische Initiativen dazu bewegt werden, der Talibanregierung jegliche Unterstützung zu entziehen und wirksame Schritte zur Austrocknung ihrer Ressourcen zu ergreifen. Nur so kann dieses Regime langfristig geschwächt und zum Sturz gebracht werden.

3. Umfassende Hilfe für die Flüchtlinge und den Wiederaufbau des Landes

Die Situation der Bevölkerung Afghanistans war schon vor den Angriffen prekär. Nach dem Stellvertreterkrieg in den 80ern und den Jahren der Bürger- und Stammeskriege, lag das Land nicht nur ökonomisch am Boden. Das Regime der Taliban setzte dem Volk weiter zu. Bereits kurze Zeit nach dem Beginn des Bombardements zeichnete sich ab, dass sich die Lage im Winter zu einer humanitären Katastrophe ausweiten wird.

Eine lang angelegte Hilfsaktion unter der Leitung der Vereinten Nationen ist notwendig, um den Menschen in Afghanistan wieder eine Zukunft zu geben. Zunächst müssen die Menschen in den Flüchtlingscamps über den Winter gebracht werden. Dazu ist es notwendig, dass die Nachbarländer Afghanistans ihre Grenzen für Flüchtlinge öffnen und die Errichtung von Flüchtlingscamps ermöglichen. Diese Camps müssen durch internationale Organisationen betreut werden, die auch für die Verteilung von Hilfsgütern und finanziellen Hilfen zuständig sind. Schließlich bedarf es umfassender Entwicklungshilfe zum Wiederaufbau des Landes. Insbesondere das Bildungswesen und eine neue Ökonomie, die sich nach den Bedürfnissen der Bevölkerung Afghanistans ausrichtet, müssen aufgebaut werden.

4. Stärkung der Vereinten Nationen

Unmittelbar nach den Terroranschlägen vom 11.9. haben die USA im NATO-Sicherheitsrat beantragt den Terrorangriff zum kollektiven Bündnisfall zu erklären. Dieser Antrag wurde einstimmig vom Sicherheitsrat gebilligt. Der Beschluss stellt den Mitgliedsländern die Art und den Umfang der Unterstützung frei. Es besteht

deswegen keinerlei Verpflichtung, noch ist es politisch sinnvoll, wenn sich die NATO-Mitgliedsländer selbst einer vermeintlich uneingeschränkten Solidarität unterwerfen, und partnerschaftliche Kritik nicht mehr erwünscht ist, wie dies zur Zeit geschieht. Es ist als Folge daraus zu befürchten, dass die Vereinten Nationen weiter geschwächt werden.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind der Überzeugung, dass ein breites multilaterales Bündnis gegen den Terror unter dem Dach der Vereinten Nationen eines der wichtigsten Elemente in der Auseinandersetzung mit dem Terrorismus und seinen Folgen ist. Es ist daher unerlässlich die Strukturen der VN zu stärken und eine solide Finanzierung sicher zu stellen. Die Vereinten Nationen und ihre regionalen Gliederungen sind die einzigen völkerrechtlich legitimierte Organisationen für die Forcierung einer Weltinnenpolitik.

Nur durch eine überstaatliche Gerichtsbarkeit ist eine effiziente Bekämpfung des internationalen Terrorismus und eine angemessene Bestrafung der Täter des 11.9. möglich. Wir fordern darum insbesondere von den USA die sofortige Ratifizierung des internationalen Strafgerichtshofes.

5. Einsatz für eine gerechte Weltwirtschaftsordnung

Sehr in den Hintergrund gerät außerdem, dass die Gründe für eine derartige Eskalation nicht nur im religiösen Fanatismus der Attentäter zu suchen sind, sondern die weltweite Verteilung von Ressourcen und Chancen in diesem Kontext ebenfalls eine entscheidende Rolle spielt. So hat auch die Wirtschafts- und Finanzpolitik von IWF, Weltbank und WTO in der Vergangenheit zu einer massiven Destabilisierung nationaler Ökonomien beigetragen und in einigen Fällen erst herbeigeführt. Die massiven Eingriffe in die politischen Gestaltungsräume von Entwicklungs- und Schwellenländern werden den regionalen Bedürfnissen nicht gerecht und verschärfen das soziale Klima innerhalb brisanter Konfliktregionen. Sinnvolle Strategien gegen menschenverachtende Terrororganisationen und Regime müssen immer in eine präventive und humanitäre Außenpolitik eingebettet sein. Eine Mitverantwortlichkeit der westlichen Staaten für den Hass der Islamisten wird in der Regel vehement abgestritten, wodurch ein einseitiges Feindbild geschaffen wird. Hier gilt es für die westlichen Staaten umzudenken und die Probleme differenzierter zu betrachten.

6. Eine transparente Informationspolitik

Angesichts der Brisanz dieses Militäreinsatzes ist eine transparente Informationspolitik gegenüber der Öffentlichkeit absolut notwendig. Der bisherige Umgang mit den internationalen Medien ist äußerst unbefriedigend: Einsatzziele werden nicht genannt, die Öffentlichkeit wird nur unregelmäßig und bruchstückhaft informiert. Die Medien werden von beiden Seiten als Propagandamittel eingesetzt. Von den Informationsdefiziten der USA und Großbritanniens sind nicht nur die weltweiten Medien betroffen sondern auch die nationalen Regierungen und Parlamente der NATO-Mitgliedsländer. Diese polarisierende Informationspolitik ist nicht geeignet ein gleichberechtigtes multilaterales Bündnis gegen den Terror aufzubauen.

Wir fordern die US-Regierung auf, die Beweise, die die Angriffe rechtfertigen sollten der Öffentlichkeit vorzulegen.

7. Zivile, nichtmilitärische Komponenten stärken

Die Vorschläge von Bündnis 90/Die Grünen für den Aufbau einer Infrastruktur für Krisenprävention und zivile Konfliktbearbeitung auf deutscher und internationaler Ebene erweisen sich als wichtiger denn je. Zur Vorbeugung von Terrorismus sind nicht weniger sondern mehr Anstrengungen im Bereich der Krisenprävention und zivilen Konfliktbearbeitung erforderlich. Die vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und vom Auswärtigen Amt dazu während der rot-grünen Amtszeit etablierten Instrumente müssen daher unbedingt weiterentwickelt und vor allem mit zusätzlichen finanziellen Mitteln ausgestattet werden. Dazu gehören die Bereiche krisenpräventive Entwicklungspolitik, Zivile Friedensdienste, Maßnahmen zur Qualifizierung von Personal für VN-Missionen sowie Initiativen zur Bereitstellung von Polizei für die Reform von Institutionen der Rechtsstaatlichkeit in Krisenregionen sowie Auswärtige Kulturpolitik. Diese Ressorts, nicht das Ressort des Bundesverteidigungsministeriums bedürfen der kontinuierlichen finanziellen Aufstockung.

Für einen grundlegenden Kurswechsel innerhalb der internationalen Beziehungen ist die deutsche und europäische Außenpolitik von enormer Bedeutung. Der schnelle und enge militärische Schulterschluss Großbritanniens zeigte erneut, wie weit die EU von einer eigenständigen und gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik entfernt ist. Sie steht vor einer historischen Entscheidung. Sie besitzt das Potenzial, wesentlich zur Bewältigung von regionalen Krisen und Kriegen und zur weltweiten Stärkung multilateraler Politik beizutragen. Das setzt aber voraus, dass sie bereit ist, sich dort, wo sich die US-Administration dieser Zielrichtung verweigert und hegemoniale Sonderinteressen verfolgt, dem transatlantischen Dissens zu stellen. Wir erwarten von der EU sich dafür einzusetzen, dass Terrorismusbekämpfung unter der Autorität der VN und ihres Sicherheitsrates erfolgt. Die EU sollte eigenständige friedenspolitische Initiativen in Krisenregionen wie dem Nahen und Mittleren Osten, in Zentralafrika und Lateinamerika ergreifen. Sie sollte aber darüber hinaus auch viel klarer als bisher und gegen die Haltung der USA bei wichtigen Fragen wie etwa der Rüstungskontrolle (z.B. bezogen auf Raketenabwehr oder die Eindämmung von Kleinwaffen), dem Internationalen Strafgerichtshof oder auch dem Klimaschutz eigene Positionen vertreten und international propagieren. Dadurch könnten die politischen Kräfte innerhalb der USA, die sich für eine multilaterale Außenpolitik einsetzen, gestärkt werden.“